

Aufhebungsvertrag

zwischen Frau / Herrn [vollständiger Name des Auszubildenden]

und [Name des Geschäftsführers]

kommt folgender Aufhebungsvertrag zustande:

§ 1 Vorzeitiges Ende des Ausbildungsverhältnisses

Die Vertragsparteien haben sich darauf geeinigt, dass das zwischen ihnen seit dem [Datum des Ausbildungsbeginns] bestehende Ausbildungsverhältnis am [Datum des Endes der Ausbildung] mit Unterzeichnung dieses Aufhebungsvertrages endet.

§ 2 offene Zahlungen

Vergütungsbeträge, die sich aus dem bis zuletzt bestehenden Ausbildungsverhältnis ergeben und noch nicht ausgeglichen wurden, belaufen sich auf eine Summe von 890,00 Euro.

§ 3 Resturlaub

Die der/dem Auszubildenden verbleibenden Urlaubsansprüche von 7 Arbeitstagen werden durch ein gleichwertiges Urlaubsentgelt abgegolten.

§ 4 Arbeitszeugnis

Der Arbeitgeber erlegt sich die Pflicht auf, der/dem Auszubildenden ein wohlwollend formuliertes, qualifiziertes Zeugnis zu seiner Ausbildung auszustellen. Dieses würdigt die Tätigkeiten des Lehrlings angemessen und behindert nicht das berufliche Fortkommen des Azubis.

§ 5 Sozialrechtliche Unterlagen

Die Unternehmensleitung kommt der Verpflichtung nach, alle ausgefüllten Arbeitspapiere, zu denen die Lohnsteuerkarte, die Versicherungskarte, die Schlussabrechnung und das Sozialversicherungsnachweisheft gehören, unverzüglich dem Auszubildenden per Post zuzuschicken.

§ 6 Aushändigung der firmeninternen Unterlagen und Arbeitsmittel

Der ausscheidende Azubi verpflichtet sich dazu, unverzüglich jegliche firmeninternen Dokumente und Arbeitsmittel (wie Arbeitskleidung und Stundenzettel) zurückzugeben, die sich noch in seiner Aufbewahrung befinden.

§ 7 Abschlussklausel

Die Parteien, die diesem Schriftstück zugestimmt haben, sind sich einig, dass mit dem Aufhebungsvertrag alle Punkte abschließend geklärt sind. Die bekannten und unbekannt

wechselseitigen Ansprüche, die im Zusammenhang mit dem Ausbildungsverhältnis stehen, inklusive seiner Auflösung, sind mit der ordnungsgemäßen Erfüllung dieses Vertrags erledigt.

§ 8 Aufklärung über Sonderfälle des Kündigungsschutzes

Der Azubi hat eine Aufklärung darüber erhalten, dass er den Kündigungsschutzregeln von (nichtzutreffende Paragraphen bitte streichen)

- §§ 15, 21 Schwerbehindertengesetz (wegen Schwerbehinderteneigenschaft)
- § 9 Mutterschutzgesetz (durch Schwangerschaft)
- §§ 78 Zivildienstgesetz (als Zivildienstleistender)

unterliegt, wodurch eine ordnungsgemäße Kündigung ausgeschlossen ist.

§ 9 Pflichten zur Aufklärung

Der Auszubildende wurde durch den Arbeitgeber darüber informiert, dass es durch die Nutzung des Aufhebungsvertrages unter Umständen zu einer Sperre der Arbeitslosenunterstützung kommen kann. Aus diesem Grund wurde dem Lehrling empfohlen, sich vor dem Unterschreiben mit der Agentur für Arbeit in Kontakt zu setzen und so die nötigen Informationen einzuholen.

Darüber hinaus hat die Unternehmensleitung den Azubi dazu aufgeklärt, dass er sich nach dem Abschluss des Aufhebungsvertrages bei der Agentur für Arbeit arbeitssuchend melden muss, damit es nicht zu Kürzungen der Ansprüche auf Arbeitslosengeld kommen kann.

§ 10 Belehrung zur Unterschrift und der darin enthaltenen Freiwilligkeit

Der Auszubildende ist darüber informiert, dass das Ausbildungsverhältnis nur dann aufgelöst wird, wenn er die Unterschrift unter den Auflösungsvertrag setzt. Der Lehrling ist in keinem Fall verpflichtet, den Vertrag zu unterschreiben. Mit seiner Unterschrift erklärt der Auszubildende, dass er sich nach ausreichenden Überlegungen freiwillig dazu entschieden hat, das Ausbildungsverhältnis aufzulösen. Auch gilt die Signatur als Nachweis darüber, dass der gesamte Vertrag sorgfältig gelesen und verstanden wurde.

[Ort und Datum des Vertragsabschlusses]

[Stempel und Unterschrift des Ausbilders]

[Unterschrift des Auszubildenden]

[Bei Minderjährigen: Unterschrift der gesetzlichen Vertreter]